

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

28.12.1927 (No. 302)

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontokonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. C.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühren. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 cm Höhe und ein Quadratmeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Verbreitung, und Konfliktverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25 auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Kaiser Tschang Tso-lin?

Die Nachrichten über die Absichten des Marschalls Tschang Tso-lin, ein neues Kaiserreich in China entstehen zu lassen, lauten immer bestimmter. Es heißt, Tschang habe dabei die Errichtung einer neuen Diao-Dynastie im Auge, wie sie vor etwa 1000 Jahren von einem Tungusenstamme, der aus der Mandchurie in Nordchina einwand, geschaffen worden ist. Das Gebiet, über das die alte Diao-Dynastie herrschte, ist ungefähr das gleiche, als das, über welches gegenwärtig Tschang Tso-lins Einfluß reicht.

Die Vermutungen, daß Tschangs Absichten sich in dieser Richtung bewegen, werden — wie aus Peking gemeldet wird — durch die Tatsache unterstützt, daß der Marschall ein Amt ins Leben gerufen hat, welches die alten, feierlichen Bräute und Zeremonien aus der Kaiserzeit neu festlegen soll.

Schon Juan Schi-fai, der erste Präsident der Republik, hat seine Kaiserträume auf ähnliche Weise bekannt werden lassen, als er in aller Stille die jährliche Opferhandlung im Tempel des Himmels, deren Vornahme das ausschließliche Recht der chinesischen Kaiser war, vorbereiten ließ.

Neben den Hofzeremonien sollen auch die traditionellen Feiertage bei Hochzeiten, Begräbnissen und anderen Anlässen, sowie der militärische Pomp zu neuem Leben erweckt werden.

Das Präsidium über das neue Zeremonienamt soll der gegenwärtige Premierminister Pan Fu erhalten und die Leitung soll in die Hände des bormaligen ersten Sekretärs des Marschalls Tschang Tsching-jui, Tschang Pai-hing, gelegt werden.

Durch Wiederaufrichtung der chinesischen Familientradition und die Pflege alter chinesischer Riten, soll der Überwindung der kommunistischen Ideen entgegen gearbeitet werden, eine Absicht, die in weiten Kreisen der Chinesen, welche der neuen Bewegung feindselig gegenüberstehen, lebhaft unterstützt wird.

Als Termin für die Durchführung der Pläne des Marschalls wird die Mitte des kommenden Jahres genannt. Es scheint, daß Tschang Tso-lin davon überzeugt ist, daß die Ausbreitung des Bolschewismus im Norden Chinas nicht zu befürchten sei und daß die überwiegende Mehrheit des Volkes der Mandchurie auf seiner Seite stehe, da er es sonst nicht wagen könnte, an eine Wiedereinsetzung des Kaiserturns zu denken.

Der Wahltermin

Zu den Meldungen, wonach zwischen dem Reichsminister Dr. Stresemann und dem französischen Außenminister Briand bei der letzten Ratstagung in Genf eine Vereinbarung über den deutschen und den französischen Wahltermin getroffen worden sei, und zwar in dem Sinne, daß es wünschenswert sei, wenn bald nach den französischen Wahlen anfangs Mai auch in Deutschland die politischen Verhältnisse durch eine Neuwahl geklärt würden, bemerkt die „Tägl. Rundsch.“, daß es sich hierbei um reine Kombinationen handle. Von irgendwelchen Vereinbarungen könne schon deshalb nicht die Rede sein, weil die Ansetzung des Neuwahltermins von dem Willen des Reichsaussenministers in keiner Weise abhängig sei. So viel sei sicher, daß der Reichstag unter allen Umständen zusammengehalten werden müsse, bis der Reichshaushaltsplan von 1928 verabschiedet sei.

„Popolo d'Italia“ zum Bericht Parker Gilberts

In einer Note des offiziellen „Popolo d'Italia“ zu dem letzten Bericht des Reparationsagenten unterstrichenen Notwendigkeit einer Festsetzung der Gesamthöhe der deutschen Reparationsschuld wird betont, daß der Beschluß der Reparationskommission vom April 1921, auf Grund dessen Deutschland 132 Milliarden Goldmark hätte zahlen müssen, nicht ohne Zustimmung sämtlicher Alliierten geändert werden könne. Nach einem Hinweis darauf, daß die Alliierten ihre Schulden an Amerika ohne Deutschlands Zahlungen nicht begleichen könnten, bemerkt das Blatt weiter, bei der öffentlichen Meinung Italiens würde eine Herabsetzung der deutschen Zahlungen auf keine Schwierigkeiten stoßen, sofern dadurch keine größeren Lasten auf die Italiener gelegt würden. Solange jedoch die Amerikaner auf der Bezahlung der alliierten Kriegsschulden bestünden, habe eine starke Herabsetzung der deutschen Reparationsschulden keine Aussicht, und man dürfe sich in dieser Hinsicht in Deutschland keinen Illusionen hingeben.

Eine Friedenserklärung Vorahs

Der amerikanische Senator Vorah gab dem Korrespondenten des „Natin“ in Washington Erklärungen ab über den Vorschlag Briands, einen Krieg zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten unmöglich zu machen. Vorah sagte u. a., er sei mit Briand vollkommen einig. Es sei ermutigend, daß dieser hervorragende Staatsmann das Prinzip der Ungeschicklichkeit des Krieges anerkenne. Es sei kein Fortschritt im Frieden möglich, solange der Krieg gesetzlich anerkannt wird. Der größte Teil der Menschheit ist gegen den Krieg, der als Verbrechen angesehen wird. Wir brauchen jetzt eine Organisation, welche jene wenige zur Verantwortung zieht, die Kriege heraufbeschwören. Zwei Nationen allein werden den Krieg nicht aus der Welt schaffen können, aber sie können ein gutes Beispiel geben. Die Vereinigten Staaten sollten sofort allen anderen Ländern den gleichen Vertrag vorschlagen.

Wiederaufnahmeverfahren in Sachen Leopresting? Der Anwalt des wegen Landesverrats zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten, zu Weihnachten aber begnadigten Freiherren von Leopresting, teilt der „Münchener Zeitung“ mit, daß er für seinen Mandanten ein Wiederaufnahmeverfahren betreibt.

Letzte Nachrichten

Reparationen und interalliierte Schulden

M. Berlin, 28. Dez. (Priv.-Tel.) Wie aus New York gemeldet wird, bringt die republikanische „New York Herald Tribune“, deren enge Beziehungen zur amerikanischen Regierung bekannt sind, einen Artikel, der vielfach auf den jetzt in New York anwesenden Parker Gilbert zurückgeführt wird, und der eine starke Bedeutung für die Frage der Schulden und des Dawesplans besitzt. Nach dem genannten Blatt empfinde man in Amerika allgemein, daß der Zeitpunkt heranrückt, an dem die alliierten Kriegsschulden an die U. S. A. herabgesetzt und gleichzeitig die deutschen Reparationsverpflichtungen konsolidiert werden müßten. Diese Fragen seien seit dem Bericht Gilberts Gegenstand eingehender Beratungen amerikanischer amtlicher Kreise gewesen, und allmählich hätten sich folgende Punkte herauskristallisiert: Deutschland müsse darüber verständigt werden, welchen Teil der Reparationsrechnungen es noch an die Alliierten zu zahlen habe, und wenn eine Verständigung erzielt sei, müsse Deutschland in die Lage versetzt werden, seine Zahlungen vorzunehmen (Auslandsanleihen). Ferner müßte man auch in der Frage der alliierten Schulden entgegenkommen, da dadurch eine wesentliche Besserung in den Handelsbeziehungen erreicht werde.

Reich und Länder

M. Berlin, 28. Dez. (Priv.-Tel.) Für die Januar-Konferenz der Länder scheinen die Länder schon ihre finanziellen Ansprüche an das Reich anzumelden. Wenigstens wird das in erster Linie von Preußen behauptet, das ähnlich wie die meisten Staaten, noch Forderungen aus dem Übergang der Eisenbahnen an das Reich geltend macht und darüber hinaus auch einen Schadenersatz für das Staatseigentum, das in den abgetretenen Gebieten verloren wurde. Man erwartet davon, daß die Schwierigkeiten für die Konferenz vergrößert werden, da das Reich keine Neigung spürt, diese Fragen irgendwie schon jetzt zur Entscheidung zu bringen. In Zukunft soll von einigen Staaten auch die Frage der fidejussorischen Länderanteile an der Biersteuer zum Gegenstand der Diskussion gemacht werden.

Aus der Diplomatie

M. Berlin, 28. Dez. (Priv.-Tel.) Zu den verschiedenen Meldungen über eine Verwendung des Ministerialdirektors Zschlin und des Freiherrn von Valignan im auswärtigen Dienst des Reichs, erfahren wir, daß der in der Presse genannte Posten eines Gesandten in Buenos Aires auf absehbare Zeit nicht frei werden wird und daß Geheimrat Zschlin auch aus seinem jetzigen Amt nicht ausscheidet. Dagegen wird Freiherr von Valignan, der Dirigent der Pressestelle der Reichsregierung, voraussichtlich in kurzer Zeit einen Auslandsposten übernehmen.

Die italienisch-jugoslawischen Verhandlungen

M. Berlin, 28. Dez. (Priv.-Tel.) Zwischen Scharfstein und Italien, das heißt dem italienischen Vizekonsul in Belgrad, haben nunmehr die Ausgleichsverhandlungen, die sich im wesentlichen auf Albanien beziehen, begonnen. Sie werden, wie man aus Paris meldet, dort außerordentlich lebhaft begrüßt, da man sich von einer Vereinigung der Balkanfragen zwischen Italien und Serbien auch eine Verbesserung des französisch-italienischen Verhältnisses verspricht.

Amerika und Mexiko

W.B. Washington, 28. Dez. (Tel.) Die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko hat gestern einen weiteren großen Fortschritt gemacht, als die Nachricht eintraf, daß das mexikanische Unterhaus die ihm vom Präsidenten Calles vorgelegte Kowalew zum Petroleumgesetz in erster Lesung angenommen hat. Präsident Coolidge erwiderte dieses Entgegenkommen, indem er dem Staatsdepartement die Anweisung gab, die Ausfuhr der von der mexikanischen Regierung gekauften, jedoch von der Regierung der U.S.A. zurückgehaltenen 16 Flugzeuge und eines größeren Quantums Munition zu gestatten.

Unruhen in Kanton

W.B. London, 28. Dez. (Tel.) „Times“ meldet aus Hongkong, daß General Vitschajum mit seinen Kwangtsi-Scrupen Samtschi genommen hat und gegen Kanton vorrückt. In Kanton selbst hätten sich einige Unruhen ereignet. 30 angebliche Bolschewisten, zum größten Teil Frauen, wurden verhaftet und hingerichtet.

Wie viele Personen leben in Baden von der Landwirtschaft?

Obwohl die Industrialisierung Badens in den letzten Jahrzehnten gewaltige Fortschritte gemacht hat, hat die Landwirtschaft an Bedeutung keineswegs verloren. Das Badische Statistische Landesamt hat in verdienstlicher Weise auf Grund der letzten landwirtschaftlichen Reichsbetriebszählung vom 16. Juni 1925, welche mit der Berufs- und gewerblichen Betriebszählung in diesem Jahre vorgenommen wurde, und unter Benutzung des sonst bei ihm vorhandenen umfangreichen Materials die Lage der Landwirtschaft in der Nachkriegszeit einer eingehenden Untersuchung unterzogen und die Ergebnisse in einem beachtenswerten Buch unter dem Titel: „Die Landwirtschaft in Baden im Jahre 1925“ (erschienen im bad. Kommunalverlag 1927, 156 Seiten, in dauerhaften Karton gebunden Preis 5 RM) vor einiger Zeit veröffentlicht.

Es würde von der landwirtschaftltreibenden Bevölkerung, von den Behörden, Politikern und Organisationen, denen die Pflege und Förderung der landwirtschaftlichen Interessen obliegt, schon lange als ein großer Mißstand empfunden, daß neuere Angaben über die landwirtschaftlichen Verhältnisse Badens aus der Nachkriegszeit vollständig fehlen. Im Hinblick auf die erhebliche Bedeutung, welche der Landwirtschaft für Volk, Staat und Wirtschaft heute allgemein in Deutschland zukommt, sowie angesichts der großen Notlage, in welcher sich dieser wichtige Erwerbszweig seit der Währungsstabilisierung befindet, ist die Herausgabe des grundlegenden Werkes sehr zu begrüßen.

Das Buch behandelt in 7 Abschnitten die natürlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen der Landwirtschaft, Besitzverteilung und Betriebsverhältnisse, Anbau und Ernte, Tierhaltung und Preise, die Agrarpolitik der badischen Regierung (Siedelungswesen, Domänenpolitik usw.), die Tätigkeit der Landwirtschaftskammer, das landwirtschaftliche Genossenschafts- und Vereinswesen sowie die Verschuldungsfrage.

Das Land Baden umfaßt eine Gesamtfläche von rund 15 071 qkm mit 2,3 Millionen Einwohnern, d. i. 3,2 v. H. der Gesamtfläche und 3,7 v. H. von der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reichs. Es ist ungefähr doppelt so groß wie Hessen, gleich groß wie Sachsen oder die preussische Provinz Schleswig-Holstein; Württemberg ist um ein Drittel größer, Bayern ist fünfmal so groß als Baden. Von der Gesamtfläche des Landes sind etwa 44 v. H. gebirgig, 40 v. H. hügelig und 16 v. H. eben. Diese Oberflächengestaltung bedingt die größten Verschiedenheiten in Boden- und Klima-, Bevölkerungs-, Wirtschafts- usw. Verhältnissen, die ein anderes Land gleicher Größe nicht aufzuweisen hat.

Baden gehört größtenteils zum Stromgebiet des Rheins; in geringem Maße kommt auch das Stromgebiet der Donau in Betracht. Vom Bodensee bis an den Main beim Wertheim gehören zum Gebiete des Rheins 25 größere oder kleinere Flüsse mit ungefähr ebensoviel Nebenflüssen, deren Flußlauf ganz oder teilweise auf badischem Gebiet liegt. Die Gesamtfläche der Gewässer aller Art (einschließlich Seen) beträgt rund 16 000 ha. Nur wenige Teile des Landes, z. B. die Donaueggen und das Bauland, leiden in heißen Sommern stark unter Trockenheit.

Die Naturbedingungen eines Landes sind auch wesentlich beeinflusst durch das Vorhandensein von Waldflächen. Der Wald schützt die Quellgebiete, er bildet eine natürliche Abwehr gegen Stürme, Staub- und Sandwehen; er speichert die im Winter fallenden Schneemassen auf, hemmt das Schmelzen des Schnees und reguliert so teilweise den Ablauf des Wassers im Frühjahr. Baden besitzt eine Waldfläche von 589 010 ha, d. i. 39,1 v. H. der Gesamtfläche des Landes. Mit dieser Bewaldungsziffer steht es weit über dem Reichsdurchschnitt (26 v. H.), auch über Bayern (33 v. H.), Württemberg und Hessen (31 v. H.), Preußen (23 v. H.) usw. In den einzelnen Landesteilen sind diese Waldflächen verschieden groß. Die Schwarzwaldbezirke Neustadt und Wolfach z. B. haben eine Bewaldungsziffer von 69,4 v. H., bzw. 68,5 v. H., Oberkirch 59,4 v. H., Heidelberg 51,1 v. H.; dagegen Mannheim 25,1 v. H., Weinheim 24,4 v. H., Kehl 20,9 v. H., Wiesloch 18,5 v. H. und Tauberbischofsheim nur 15,1 v. H.

Baden zeichnet sich ferner durch ein gut entwickeltes Verkehrs- und eine starke Bevölkerungsdichte aus.

Bringt man von der Gesamtfläche des Landes die nicht bewohnten Teile, wie Wald (589 010 ha), Gewässer (rund 16 000 ha), öffentliche Plätze, Straßen, Steinbrüche, Lehmgruben usw. (zusammen ungefähr 44 000 ha) in Abzug, so verbleiben als bewohnbare Fläche rund 858 000 ha mit 2 312 462 Personen. Auf 1 qkm Gesamtfläche entfallen 153 Personen. Baden ist demnach eines der dichtbevölkersten Länder Deutschlands; in Bayern kommen nur 97, in Preußen 130, in Württemberg 132 und im Reich 133 Einwohner auf 1 qkm. In der Rheinebene z. B., der natürlichen Verkehrsstraße an der Westgrenze des Reiches, haben sich bedeutende Industrien niedergelassen, die ein starkes Anwachsen der Einwohnerzahl im Gefolge hatten. In gleicher Weise hat sich die Edelmetallindustrie in Pforzheim Weltgeltung verschafft und gibt vielen tausend Familien Arbeit und Brot. Die Bezirke dieser Industriegegenden gehören darum zu den dichtbevölkersten nicht nur in Baden, sondern im ganzen Deutschen Reich. Es entfallen auf 1 qkm Einwohner

im Amtsbezirk	Mannheim	916
" "	Karlsruhe	533
" "	Pforzheim	366
" "	Heidelberg	302
" "	Weinheim	284
" "	Wiesloch	247
" "	Ettlingen	174.

Im Schwarzwald bestehen infolge des starken Waldbestandes natürliche Wohnhindernisse. Es kommen darum z. B. im Amtsbezirk Neustadt nur 48, in Wolfach 61 Personen auf 1 qkm. Von den vorwiegend ländlichen Bezirken des nördlichen und südlichen Hügellandes erreicht nur Sinsheim (102) eine Dichtkeitsziffer von mehr als 100. In einigen Bezirken des Oberrheins und Schwarzwalds (Rörsch, Sickingen, Konstanz, Wilingen usw.) machen sich seit zwei Jahrzehnten die Folgen der fortschreitenden Industrialisierung besonders bemerkbar. Ist doch z. B. Sinsheim a. S. die Gemeinde mit der größten relativen Bevölkerungszunahme (37,2 v. H.) seit der Volkszählung von 1910.

Die landwirtschaftliche Betriebszählung von 1925, welche alle landwirtschaftlichen, Weinbau- und Gartenbaubetriebe auch von kleinstem Umfang, die von einer Haushaltung aus selbständig bewirtschaftet wurden, ergab für Baden 254 398 Betriebe mit einer wirtschaftlich benutzten Fläche von 637 790 ha und einer Gesamtfläche von 956 649 ha; dazu kommen noch 39 318 Kleingärten unter 5 a Fläche. Fast jede zweite Haushaltung bewirtschaftet in Baden eine Bodenfläche selbständig. Die Nutzung des Grund und Bodens ist also nicht Monopol einiger weniger Familien, sondern die Mehrheit der Bevölkerung hat daran Anteil, wenigstens in den Landgemeinden.

Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangt man, wenn man nicht von der landwirtschaftlichen Betriebszählung, sondern von der Berufszählung am 16. Juni 1925 ausgeht. Auf die Wirtschaftsabteilung Landwirtschaft, Gärtnerei und Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei entfallen in Baden 653 248 Personen, davon sind 468 606 Erwerbstätige im Hauptberuf und 184 642 Angehörige und Ehefrauen ohne Hauptberuf; mit anderen Worten: 28,2 v. H. der badischen Bevölkerung leben von Land- und Forstwirtschaft. Der auf diese beiden Berufszweige entfallende Anteil der Bevölkerung erhöht sich aber noch, wenn man zur Zahl der in Land- und Forstwirtschaft hauptberuflich Erwerbstätigen die 222 999 Personen hin-

zuzählt, die nach ihrer eigenen Angabe am 16. Juni 1925 die Land- und Forstwirtschaft als Nebenberuf ausgeübt haben. Es ergibt sich dann eine Gesamtzahl von 876 247 Personen, d. h. rund 38 v. H. der Gesamtbevölkerung Badens, die ihren Lebensunterhalt zum Teil in recht erheblichem Maße aus der Land- und Forstwirtschaft ziehen. Zu diesen nebenberuflich Erwerbstätigen und deren Angehörigen zählen alle Landhandwerker, wie Schmiede, Wagner, Schlosser, Schuhmacher usw., dann auch Kolonialwarenhändler, Wirte usw., die ihr Einkommen in erster Linie der bäuerlichen Bevölkerung verdanken und daneben in der Landwirtschaft tätig sind. Dazu kommt eine große Anzahl Beamter, Angestellter und Arbeiter auf dem Lande, die unter dem Gesichtspunkt ihrer nebenberuflichen Tätigkeit gleichfalls zur landwirtschaftlichen Bevölkerung zu rechnen sind. Trotz der in den letzten Jahrzehnten immer weiter vorgeschrittenen Industrialisierung des Landes haben noch heute größere Bezirke ihren rein landwirtschaftlichen Charakter erhalten. In 1079, d. h. rund zwei Drittel aller Gemeinden, gibt es bis auf den heutigen Tag noch keine größeren Fabriken (mit mindestens 20 Arbeitern). Daraus ergibt sich die Tatsache, daß die Landwirtschaft neben Industrie und Handel noch heute zahlenmäßig der wichtigste Zweig der badischen Wirtschaft ist.

Direktor Ehrler, Freiburg.

Justizverwaltungsreform

Vom Landesverein Baden des Bundes deutscher Justizamt-männer wird uns geschrieben:

Seit Wochen hat eine lebhafte Erörterung über die Notwendigkeit von Verwaltungsreformen (im Reich und in den einzelnen Ländern) eingesetzt. Auch die Reichsregierung hat die Notwendigkeit durchgreifender Reformen als notwendig anerkannt und hat — nach Zeitungsmeldungen — die Vertreter der einzelnen Länder für die zweite Januarwoche zu einer Besprechung über diese und andere Fragen nach Berlin eingeladen.

In Verbindung mit dem Gedanken der Verwaltungsreform sind nun in der letzten Zeit in verschiedenen badischen Zeitungen Artikel über die Änderungsbedürftigkeit der badischen Grundbuchverfassung erschienen, deren Urheberschaft wir zwar fernsehen, die uns aber nunmehr eine Stellungnahme zu den darin angeschnittenen Fragen angezeigt erscheinen lassen.

Aus der Fülle der uns bekannt gewordenen Artikel möchten wir hauptsächlich die im „Bad. Beobachter“ vom 3. Dezember 1927 (Nr. 332) und 6. Dezember 1927 (Nr. 335) erschienenen Aufsätze heranziehen, zumal dem Aufsatz vom 6. Dezember als einer Auslassung des 1. Vorsitzenden des bad. Notarvereins wohl eine besondere Bedeutung zukommt.

Zunächst sei festgestellt, daß unsere von den Justizräten bekämpften Bestrebungen auf Änderung der badischen Notariats- und Grundbuchverfassung sich im wesentlichen mit den von der Justizverwaltung selbst verfolgten Zielen decken. Eine von unserer Organisation ausgearbeitete Denkschrift zur Justizverwaltungsreform wird in allerhöchster Zeit der Regierung und dem Landtag zugehen. Diese Denkschrift geht aus von der auch im Artikel des Herrn Justizrats Haas erwähnten Regierungsvorlage von 1924, die seinerzeit die Zustimmung des Landtags nicht gefunden hat.

Obwohl jene Regierungsvorlage uns in ihren Einzelheiten nicht bekannt geworden ist, so wissen wir doch aus einer vorausgegangenen Besprechung im Justizministerium, daß die Justizverwaltung damals, im Gegensatz zu ihrer noch im Jahr 1920 vertretenen Auffassung, nicht mehr mit größeren baulichen Aufwendungen und auch nicht mehr mit einer ins Gewicht fallenden Vermehrung der Zahl der unteren und mittleren Beamten rechnete, daß sie dagegen durch die vorgeschlagene Organisationsänderung (Vereinigung der Notariate und Grundbuchämter mit den Amtsgerichten und Schaffung von etwa 20 Urkunden-Notariaten) die Stellen von 70 Notaren einsparen hoffte.

Von dieser Tatsache und weiter von der Annahme ausgehend, daß die Organisationsänderung eine Vermehrung der Zahl der gehobenen mittleren Beamten überhaupt nicht nötig mache, haben wir in unserer Denkschrift, unter Zugrundelegung der in den früheren Regierungsdenkschriften von 1912 und 1920 angegebenen Zahlen, eine Ausgabensparnis von über einer Million Reichsmark errechnet. Hiernach würde sich der im Artikel vom 6. Dezember 1927 für die Notariate und Grundbuchämter angegebene, als richtig unterstellte Überschuß von 1 055 000 M auf mindestens 2 055 000 M erhöhen.

Soweit in dem fraglichen Artikel die Gerichte und Staatsanwaltschaften als Zuschußbetriebe gekennzeichnet sind, so soll hier nur auf die großen Aufwendungen des Staates in den heute sehr zahlreichen Armenrechtsprozessen sowie auf die großen Ausfälle an Gehaltsfragen und Kosten hingewiesen werden. Die Tätigkeit der Notariate und Grundbuchämter kann dagegen in viel höherem Maße von der vorgängigen Kostenzahlung abhängig gemacht werden.

Nach diesen Darlegungen entbehren die Befürchtungen des Herrn Justizrats Haas über die Notwendigkeit der Schaffung von „einigen hundert neuen Beamtenstellen für die mittleren Justizbeamten“ jeder Grundlage. Die bezüglich der Eintragung des persönlichen Aufwands von dem Verfasser des Artikels vom 3. Dezember 1927 gemachten Ausführungen müssen indes geradezu als absurd und demagogisch bezichtigt werden.

Nachdem die Justizverwaltung schon im Jahr 1924 besondere bauliche Aufwendungen für die Unterbringung der Grundbücher bei den Amtsgerichten nicht mehr für nötig gehalten hat, soll gegenüber den Ausführungen des Herrn Haas nur noch darauf hingewiesen werden, daß durch die inzwischen eingetretene Änderung des Strafvollzugsverfahrens eine Reihe von Bezirksgefängnissen für die Verwahrung der Grundbücher verwendet werden könnte.

Daß im übrigen die bad. Notariats- und Grundbuchverfassung auch ihre Vorzüge hat, soll nicht bestritten werden; doch will es uns scheinen, als ob die Vorteile für die Landbevölkerung in den verschiedenen Artikeln einseitig und übertrieben behandelt sind. Für einen stärkeren Grundbuchverkehr tom-

Politische Neuigkeiten

Die Hausfuchungen im Elsaß

Der Straßburger Korrespondent des „Echo de Paris“ berichtet zu den Hausfuchungen bei den Autonomisten, daß am Montag ein Lastauto mit in Straßburg beschlagnahmten Dokumenten, deren Sichtung 48 Stunden gedauert habe, nach Mülhausen abgegangen sei, wo die Papiere dem Untersuchungsrichter übergeben werden sollen. Die Staatsanwaltschaft in Straßburg habe in der Wohnung des Korrespondenten der „Rölnischen Zeitung“ und der „Frankfurter Zeitung“, sowie bei einem Forscher, der vor dem Kriege in den deutschen Kolonien gewirkt und kürzlich nach dem Elsaß zurückgekehrt sei, Hausfuchungen vorgenommen. In den Büroräumen der „Zukunft“ sei alles ausgeräumt worden. Ferner berichtet der „Temps“ über neue in Mülhausen und Umgebung vorgenommene Hausfuchungen bei Angehörigen des Autonomismus. In allen Fällen seien Dokumente beschlagnahmt und an den Untersuchungsrichter weitergeleitet worden.

Zum Bau eines Völkerbundspalais

Der Vorsitzende des von der Völkerbundsversammlung mit der Auswahl eines Projektes für den Bau des neuen Völkerbundspalais in Genf betrauten Spezialkomitees, der japanische Botschafter in Paris, Adachi, gibt der Presse die Schlussfolgerungen bekannt, zu denen das Komitee gelangt ist. In diesen einstimmig gefaßten Schlussfolgerungen heißt es u. a.:

Der Entwurf, welcher nach der Auffassung des Komitees am besten den Anforderungen sowohl in praktischer wie in ästhetischer Hinsicht gerecht zu werden vermag, ist derjenige mit der Nummer 387 der Architekten Renot und Flegelheimer. Das Komitee hat auf gewisse Unzulänglichkeiten hingewiesen, welche diesem Projekt noch anhaften und hat Anregungen zu deren Beseitigung gemacht in dem Sinne, daß von den Verfassern der Entwürfe Nr. 387 in Verbindung mit den Verfassern der Entwürfe 117 (Broggi, Vaccaro und Franz), 1480 (Lefebvre) und 431 (Baco) sowie mit dem Generalsekretariat des Völkerbundes ein neues Projekt ausgearbeitet sei. Die Baukosten einschließlich der Honorare für die Architekten dürfen für das Sekretariat und den Versammlungssaal in keinem Falle die Summe von 19,5 Millionen Schweizer Franken übersteigen. Die Gesamtkosten für den Bau der Bibliothek, für welchen ein besonderes Projekt ausgearbeitet werden soll, einschließlich der Honorare der Architekten, werden im Maximum auf rund 4 Millionen Schweizer Franken festgelegt.

Berliner Theaterbrief

von Hanns Martin Elster

Das Gespräch der am Theater Berlins interessierten Zeitgenossen ist Piscator und sein „Rasputin“ im Theater am Nollendorf-Platz. Man sagt mit Recht: „sein“ Rasputin“, denn das russische Meisterstück von A. Tolstoi und P. Schtschegolew ist völlig bearbeitet worden. Es ist darum nicht weniger ein Meister geblieben; es ist darüber hinaus aber noch eine sensationelle Fanzare der kommunistischen Politik geworden, und die bürgerlichen Kreise Berlins haben nichts Eiligeres zu tun, als Abend für Abend für den Ausverkauf der Leuten, nur ihnen (und nicht Piscators Gesinnungsgenossen, den Arbeitern) zugänglichen festigen Parterreplätze zu sorgen und damit der kommunistischen Idee Mittel zur Verfügung zu stellen. Das sind so Zeichen der Zeit! Wer wagt es, sieht sie. Aber wie viele sind denn noch? Allzu viele glauben ja immer noch, daß es hier um Kunst geht. Mit Kunst — höchstmögliche Gestaltung des gott-irdischen Seins in bleibender Form — hat Piscators Arbeit nichts zu tun: sie ist Politik und Technik. Die Politik macht, daß die Farben absolut einseitig, tendenziös verteilt sind: also hier die schwarzen Schafe — eben alles, was zur Jarenfamilie und Jarenidee steht, voran Rasputin, der Bauer, Fromme, Sittenlose und Genießer, neben ihm der Jar, die Jarin, Wilhelm II., Kaiser Franz Joseph, die Bürgerwelt — dort die weißen Engel Lenin, Liebknecht, Trozki. Da das Stück ein „Geschichts“bild sein will, gibt es zwischen den schwarzen und weißen Gruppen noch die Übergangsmenschen, die schwarz-weiß angestrichen werden. Der Stil des Kolportageromans herrscht vor. Deswegen auch kein Versuch einer Gestaltung der Menschen von innen her, keine Pflege des Ausdrucks, der Sprache, sondern kraßes Zeitungsdeutsch, einfach Mißgehees. Die Maske der vor zehn Jahren noch unter uns wehenden Politiker und Menschen (die z. T. wie der Fürst Jusupow, Rasputins Mörder, nun ihre Tat vom Parterreplatz aus anschauen) wird von guten Schauspielern (Wegner als Rasputin, Tilla Durieux als Jarin, Sibille Binder als Wriubowa, Kaiser als Jar usw.) so naturalistisch wie möglich angeklebt, damit niemand über die Sensation des Augenindrucks die innere Leere der Mißgehees entdeckt. Die Handlung spielt in Szenenfolge Rasputins Herrschaft und Untergang mit den revolutionären Folgen vor, genau nach dem Schundromantitel: „Rasputin, die Romanow's, der Krieg und das Volk, das gegen sie aufstand.“ Es kommt nicht auf Herausarbeiten der wesentlichen Wahrheit an, sondern auf tendenziöse Wirkung. Dafür setzt Piscator alle Möglichkeiten technischer Neuerungen

ein. Die Bühne ist ein graueinige Zeltgugel, die beweglich ist und bisweilen an einer oder mehreren Stellen, schilddrötenrund, aufklappt und die Szene zeigt; man denkt im drehbaren Panzerturm eines Kriegsschiffes zu leben. Zwischen die Szenen sind Filme, Filmmotive, Revolutions- und Militärmusik geschoben. Das Ziel: Sensation, Wuff, Sensation der Erinnerung, Nervenaufpeitschung durch Brutalität und Tendenz, eine scheußliche Mischung von johlender Volksversammlung, Ode, Aktualität, jüngster Vergangenheit, Agitation... Nur keine Kunst. Piscator wird verummlich nacheinander alle erfahrbaren Kriegs- und Revolutionserinnerungen Europas und der andern Erdteile in ähnlich sensationeller Weise ausbeuten! Mag er — denn eines Tages wird man sich gelangweilt von dieser durchsichtigen Masche, die nur durch ihre Neuheit wirkt, abwenden. Wer die Kunst liebt, erfährt hier mit unerfüllter Gewissheit, warum er sie liebt und immer lieben wird. Sie ist eben unerfüllbar: keine Politik, keine Sensation, keine Technik kann sie erleben.

Das sollte auch Carl Sternheim wissen. Er kommt seit dem Kriege auch von der Einseitigkeit einer politischen Zeitkritiknahme nicht los. Diesmal hat er sich den Typus des überalterten Generals ausgefucht, der zeitfeindlich am Ideal militärisch-großagrarischer Feudalität festhält. „Das Fossil“ nennt er sich und nennen ihn die Seinen. Die Handlung verzerrt das Heimkehrermotiv: der ehemals der jetzt dreißigjährigen, den fossilen Anschauungen treu ergebenen Hausvater nahestehende Nachbarsjunger kommt aus 7jähriger russischer Verschollenheit heim, als Volksheld. Die Tochter des Fossils liebt ihn noch und er sie. Also gilt es, ihn wiederzugewinnen und zugleich dem Volksheldismus zu entreißen. Das glückt, indem der alte General das Liebespaar, als es sich in der entscheidenden Stunde auf dem Divan vereint, beide niederschleift. Sternheim hat das von Hartung im Renaissance-theater mit Franziska Ring, Achaz und Gülistorff mühselig registrierte Stück wieder in seinen zerhackten Sprechstil gehüllt: Annatur und schlechter Eudermann geben hier wie in einigen Nebenrollen sich ein langweiliges Stellbildchen, das vom Publikum einmütig und mit Recht abgelehnt wurde. Wann werden die Erfolgsgrößen der Vorkriegszeit endlich einsehen, daß Schweigen für sie, wenn die Stimme in ihnen nicht mehr spricht, besser wäre, als dies gekünstelte, taktlose, sinnlose Papier- und Intendierende und -geschreie. Das Stück wird sicher schnell vom Spielplan verschwinden.

Freilich wird auch kaum die andere Seite der Weltanschauung uns Dauerndes bringen, wenn sie solche Werke wie Paul Ernst's „Chriemhild“ in einer kindlichen Aufführung, die der

Deutsche Sprachverein als Morgenfeier im Staatstheater durch junge hilflose Schauspielkinder veranstaltete, vermittelt. Paul Ernst ist seit fünfzehn Jahren in Berlin nicht mehr gespielt worden. Er verdient Berliner Aufführungen. Zweifellos. Aber man schadet ihm, wenn man ein schwaches Alterswerk von ihm vorstellt. Der Konflikt Hagen-Chriemhild ist von Paul Ernst in seiner hohen Tragik des Gegenfases von Treue und Rachedämonie aus gesehen, aber die Tragik wird nicht gestaltet, sondern die Rhetorik herrscht. Infolgedessen ist kein Erleben der Tragik möglich — das Stück wirkt als Sprachübung. Dichtung aber wächst von innen her. Gerade die wahren Freunde Paul Ernst's bebauern diese irrice Wahl des Stüdes und amateurhafte Aufführung, denn nun werden sich die Berliner Theaterdirektionen noch mehr scheuen, auf Paul Ernst's wertvolle Dichtungen zurückzugreifen.

Zumal da Berlins Theaterdirektionen nachgerade überhaupt den Kopf zu verlieren scheinen. Wenigstens verfehlt man das staatliche Schauspielhaus nicht mehr, das uns eine Inszenierung des „Kaufmanns von Venedig“ durch Jürgen Fehling vorsetzte, die bis auf einige eindrucksvolle Momente Elisabeth Bergners als Porzia und Fritz Kortners als Shalot und flüchtig war, daß man erortete. Das Schillertheater formte dagegen Grillparzer's „Weh' dem, der lügt“ recht glücklich als Pfahlbaumenfächer-Groteske und dem Gegenfah Wildnis und Christentum im burlesken Humor Erich Engels. Hier war Erneuerung von innen her lebendig. Das Stück, das Grillparzer einst von der Bühne vertrieb, ward uns wiedergewonnen.

In welchem Abstand davon folgen die Ausländer! M. Watkins Versuch auf die amerikanische Rechtsprechung „Chicago“ im Deutschen Künstlertheater. Juerst glaubt man eine geistreiche Satire auf das Schindlerrennenwesen zu erhalten, aber bald ist es nur ein flacher Schwan. Noel Cowards „Ehe von Welt“ (in der Komödie) erhebt sich nicht darüber: das Stück besagt, daß auch in England Ehefrauen leben, die ihren schlappen Ehemann nicht oft genug betrügen können. Die bekannte französische Maske auf englische Klafchen gefüllt. Stärker und selbständiger ist dagegen Fagnano's und Rivoig's „Schieber des Ruhms“ (im Theater am Schiffbauerdamm). Der Schieber der Kriegs- und Nachkriegszeit erhält hier sein dokumentarisch belegtes Denkmal. Die Franzosen schildern hier mit rüchichtsloser Objektivität den Typus, der den Tod eines Frontsoldaten als Basis für seine Spekulationen nimmt. Satire und Groteske wachsen hier zu eindrucksvoller, realistischer Kritik am Menschentum unserer Zeit empor. Heinz Hilpert's Regie verhalf ihr zum drastisch-rechten Ausdruck. —

Bücheranzeigen

Das Klavierbuch, herausgegeben von Dr. Edward Benninger (gebefelt 2 M., Universal-Edition Wien-Leipzig). — Als Doppelheft der „Musikblätter des Anbruch“ hat diese neue Publikation des bekannten Verlags vor allem Bedeutung, weil sie in der Form eines Jahrbuches wieder einen wertvollen Überblick auf eines der wichtigsten Teilgebiete musikalischen Geschehens gibt. Das betrifft zunächst die umfassende Literaturzusammenstellung, die mit referierender Objektivität genaueste Sachkenntnis verbindet. Jeder pianistisch Tätige wird sich ihrer zweifellos zur raschen Orientierung mit Nutzen bedienen können. Er findet aber zugleich auch spezielle Untersuchungen über das Thema „Klavier“ und insbesondere über dessen Stellung in der Gegenwart aus der Feder von so berühmten Fachleuten wie Dr. Kohn, Dr. L. Deutsch, Dr. E. Haas und Hans Haack. Von Pianisten ergreifen das Wort A. Schmid-Lindner, B. Rehberg und C. Steuermann, von Komponisten Alois Hába, Joseph Marx, Ernst Toch und Eugen d'Albert. In einer Rundfrage wird weiterhin das kulturelle Problem der Pianistik zur Diskussion gestellt und von führenden Persönlichkeiten beantwortet. All dies leiht dem mehr als 100 Seiten starken Heft aktuellen Wert.

Im Konfordinverlag Leipzig, Goethestr. 6, ist rechtzeitig vor Jahreschluss der Deutsche Reichsbahnkalender 1928 mit dem Motto „Reichsbahn und Wirtschaft“ erschienen. Verfasser ist Reichsbahndirektor Dr. Dr. Baumann. Der Kalender bringt in 160 Blättern Bilder aus ganz Deutschland, nicht zuletzt auch aus unserem schönen Badenland.

Handel und Wirtschaft
Berliner Feisennotierungen

	28. Dez.		27. Dez.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.10	169.49	168.91	169.25
Kopenhagen 100 Kr.	112.11	112.33	112.07	112.21
Italien . . . 100 L.	22.065	22.105	22.05	22.09
London . . . 1 Pfd.	20.406	20.446	20.397	20.437
Newyork . . . 1 D.	4.1785	4.1885	4.1770	4.1850
Paris . . . 100 Fr.	16.455	16.495	16.44	16.48
Schweiz . . . 100 Fr.	80.84	80.81	80.725	80.835
Wien 100 Schilling	59.07	59.19	59.06	59.18
Prag . . . 100 Kr.	12.388	12.408	12.381	12.401

Verschiedenes

Vorläufig anhaltendes Frostwetter

W.D. Berlin, 28. Dez. (Tel.) Die Temperatur, die im Laufe des gestrigen Tages noch einige Grad über 0 betrug, sank gegen Abend auf minus 2 Grad und während der Nacht bis auf minus 4 Grad. Wenn auch im Laufe des Tages durch die bei dem klaren Wetter sich voll auswirkenden Sonnenstrahlen eine leichte Erhöhung der Temperatur eintritt, rechnet man in wetterkundigen Kreisen noch mit einem weiteren leichten Sinken des Thermometers. Schneefälle sind vorläufig nicht zu erwarten. Bei leichten Nord- und Nordostwinden breitet sich über Mitteleuropa ein kräftiges Hochdruckgebiet aus, dessen Kern über der Nordsee liegt; der Barometerstand beträgt 784 Millimeter.

Der neue Wetterumschwung

Von Westen her hat nach den Feiertagen ein neuer Wetterumschwung eingesetzt. England hatte am Dienstag starke Schneefälle, die viele Verkehrsstörungen verursachten. Viele Flüge blieben im Schnee stecken und konnten nur nach mehrstündigem Aufenthalt ihre Fahrt fortsetzen. Die Reisenden mußten zum Teil in den benachbarten Bahnhofsgebäuden die Nacht verbringen. Hunderte von Automobilen sind eingeschneit, so daß sie von ihren Besitzern vorläufig zurückgelassen werden mußten. Zahlreiche Dörfer sind durch den Schnee vollkommen eingeschneit. Infolge des im Armeefeld herrschenden Sturmes, der an der französischen Küste besonders stark wütet, ist zum erstenmal seit zwölf Jahren der gesamte, an die englischen Eisenbahnen angeschlossene Schiffsverkehr eingestellt worden.

W.D. Paris, 28. Dez. (Tel.) Die Stürme über dem Kanal und in Nordfrankreich dauern an. Zahlreiche Schiffe im Kanal haben um Hilfe gebeten. Die Eisenbahnzüge verkehren in Nordfrankreich mit beträchtlichen Verspätungen. Mehrere Schiffe, die aus West auslaufen waren, sind in den Häfen zurückgekehrt. Auch der Wasserstand der Maas ist infolge des Regens und der Schneeschmelze sehr gestiegen. Auch die Rhône und die Marne steigen langsam.

Keine Spur von Frau Grayson

Das amerikanische Luftschiff „Los Angeles“, das sich 100 Meilen südlich von Halifax befindet, dröhelt, es habe im Umkreis von 60 Meilen abgesehen, ohne eine Spur des Flugzeuges der Frau Grayson, „Dawn“, zu finden. Die Sicht sei gut.

Staatsanzeiger

Mit Entschliebung der badischen vorläufigen Vollregierung vom 28. Januar 1919 waren von dem Amtsbezirk Offenburg die Gemeinden Griesheim, Müllen, Altenheim und Marlen dem Amtsbezirk Kehl zugewiesen worden. Nachdem insbesondere mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft von diesen Gemeinden wiederholt der Wunsch geäußert worden ist, wieder ihrem alten Amtsbezirk zugewiesen zu werden, hat das Staatsministerium mit Entschliebung vom 18. Dezember 1927 die Zuweisung der genannten vier Gemeinden an den Amtsbezirk Kehl aufgehoben. Die mit der Befehung zusammenhängenden Angelegenheiten sind auch für diese wieder dem Amtsbezirk Offenburg zurückgegebenen Gemeinden weiterhin von dem Bezirksamt Kehl wahrzunehmen.

Ministerium des Innern.

Bekanntmachung

Die zweite juristische Prüfung im Spätjahr 1927

Auf Grund der im Spätjahr 1927 bestandenem zweiten juristischen Prüfung sind folgende Referendare zu Gerichtsassessoren ernannt worden:

Heinrich Bachlein aus Konstanz, Hans Bauer aus Freiburg, Margarete Böhringer aus Darmstadt, Dr. Josef Brandel aus Freiburg, Dr. Friedrich Bürger aus Würzburg, Richard Buhlinger aus Baden, Dr. Karl Doerner aus Freiburg, Johannes Dunke aus Straßburg, Wolfgang Flab aus Donaueschingen, Heinrich Goebels aus Ludwigsbühl a. Rh., Max Güde aus Donaueschingen, Dr. Erich Hahn aus Karlsruhe, Dr. Ernst Herrmann aus Freiburg, Johannes Jaeger aus Seeburg, Dr. Rudolf Jäger aus Karlsruhe, Wilhelm Jäger aus Aßern, Immo Jühler aus Schopfheim, Max Kolmeier aus Weersburg, Otto Kromer aus Wombach, Dr. Karl Koch aus Mainz, Wendelin Müller aus Tiergarten, Wilhelm Müller aus Mosbach, Hermann Reifin aus Wehr, Oskar Metz aus Mannheim, Dr. Maria Blum aus Berlin, Friedrich Reimuth aus Vöhring, Dr. Karl Reich aus Ludwigsbühl a. Rh., Wilhelm Ruffer aus Baden, Johannes Rupp aus Reichen, Dr. Arthur Schäfer aus Schwanau, Paul Schuster aus Karlsruhe-Gümlingen, Dr. Ernst Weil aus Karlsruhe, Wilhelm Wild aus Schönan u. W., Oskar Ziebold aus Emmendingen, Dr. Friedrich Zinlgart aus Weinheim.

Karlsruhe, den 23. Dezember 1927.
Der Justizminister:
L. Frank.

Staats-Lotterie

Die Frist zur Erneuerung der Lose zur 4. Klasse der 30./256. Preuß.-Südd. Klassenlotterie läuft am 3. Januar 1928 ab.

Für neu hinzutretende Spieler habe ich noch Kauflose in geringer Anzahl abzugeben.

Zwerg
Badischer Lotterien-Einnehmer
Karlsruhe i. B.
Hebelstraße 11 und Waldstraße 38
Telephon 4828
Postscheckk. 17808

Goll-Pianos
sind Qualitäts-Instrumente

Lieferung zu äußerst günstigen Bedingungen auch ohne Anzahlung

Filiale: Karlsruhe, Waldhornstr. 30

Nehmt Musikunterricht
bei der Musiklehrerschaft des Deutschen Musikerverbandes

Lehreradressen erhältlich in den Musikalienhandlungen 961

Auslosung der Anleiheablosungsschuld der Stadt Konstanz.

Bei der heute vorgenommenen Ziehung der Auslosungsschuld für die Jahre 1926 und 1927 wurden folgende Nummern gezogen:

Buchstabe A: Nr. 23, 45, 59, 75, 76, 82, 93, 95, 102, 105, 107, 113, 115.

Buchstabe B: Nr. 20, 35, 41, 43.

Buchstabe C: Nr. 4, 24, 28, 29, 37, 39, 58, 66, 80, 91, 96, 127, 140, 142, 147, 153, 154, 159, 160, 194.

Buchstabe D: Nr. 6, 16, 29, 38, 42, 45, 48, 53, 54, 64, 75, 87, 94, 96, 118, 121, 131, 155, 165, 166, 171, 179.

Buchstabe E: Nr. 14, 33, 36, 38, 49, 53, 61, 65, 75, 82, 85, 88, 98, 101, 108, 111, 131, 151, 162, 173, 180, 191, 195, 199, 204, 220, 223, 229, 234, 239.

Buchstabe F: Nr. 2, 4, 21, 23, 35, 41, 48, 53, 78, 79, 86, 88, 93, 97, 99, 104, 118, 148, 150, 158, 170, 178, 179, 186, 211, 212, 213, 215, 217.

Bei der Einlösung werden für je 12,50 RM Nennwert der Auslosungsscheine bezahlt 62,50 RM

Dazu 5 v. S. Zins für 2 Jahre = 6,25 RM

abzüglich 10 v. S. Kapitalertragsteuer = 0,60 „ 5,65 „

Zusammen 68,15 RM

Die Einlösung der gezogenen Auslosungsscheine erfolgt vom 31. Dezember 1927 ab gegen Rückgabe der Auslosungsscheine und eines gleichen Nennbetrages in Schuldverschreibungen der Anleiheablosungsschuld der Stadt Konstanz bei der Stadtkasse Konstanz.

Konstanz, den 27. Dezember 1927.

Der Oberbürgermeister.

Auf die in Baden zugelassenen Lose der Lotterie des Bayerischen Landesverbandes des kathol. Frauenbundes in München sind bei der Ziehung am 6. Dezember 1927 folgende Treffer gefallen:

2 Gewinne i. B. v. 50 RM Nr. 126487, 264908; 5 Gewinne i. B. v. 10 RM Nr. 126747, 141450, 250096, 263384, 264059;

4 Gew. i. B. v. 5 RM Nr. 4537, 126759, 141223, 250453; 190 Gewinne i. B. v. 2 RM mit den Endnummern 101, 178, 185, 209, 240, 249, 326, 348, 415, 557, 636, 640, 667, 684, 691, 839, 892, 955, 967; in folgenden Tausendern Nr. 4001-5000, 13001-14000, 125001-127000, 141001-143000, 250001-252000, 263001-265000.

Detektiv-Institut
u. Privat-Auskunft
Argus „Mannheim“
O. S. 6
Pflanzengasse 33/35
A. Maier & Co., G.m.b.H.

Ludwig Schweisgut
Karlsruhe i. B.
Erbsengasse 4
beim Rindfleischplatz

Flügel
Pianos 724
Harmoniums

Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere

Bürgerl. Rechtspflege

Streitige Gerichtsbarkeit.

Nr. 193. Karlsruhe. Über das Vermögen der Kaufmann Abraham Schmieger Ehefrau, Manufaktur- und Wäschegeschäft in Karlsruhe, Kaiserstr. Nr. 89, wurde heute nachmittags 5 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde Kaufmann Riff hier, Hans-Thomastraße 5, bestellt. Der Schuldnerin wurde allgemein verboten, über Vermögensgegenstände ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde auf Freitag, den 20. Januar 1928, nachmittags 4 Uhr, vor das Amtsgericht, Akademiestr. 8, 1. Stock, Zimmer 43, bestimmt. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen ist auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts A 8 zur Einsicht der Beteiligten aufgelegt. Karlsruhe, 22. 12. 27. Gerichtsschreiberei des Bad. Amtsgerichts A 8.

Verf. Bekanntmachungen
Rutz- und Brennholz-Versteigerung

des Forstamts Karlsruhe-Sardt: Dienstag, 10. Januar 1928 im Schützenhaus bei Karlsruhe, aus Abt. I 13 b Stangenader: Mittags 12 Uhr: 10 Festm. Notbuchen, 2 Festm. Hainbuchen und Kirschbaum, 217 Fm. Forststammholz. Vorzeiger: Forstwart Rinder in Teufelsneureut. Maßlisten für das Stammholz durch das Forstamt vom 4. Januar 1928 ab. Nr. 202

Güterrechtsregister.

Bretten. Nr. 182
Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 58: Wilhelm Enders, Schneider u. Anna Heß, Gombelshaus. Vertrag vom 7. 12. 27. Gütertrennung. Bretten, 17. 12. 27. Amtsgericht.

Karlsruhe. Nr. 201
Güterrechtsregistereintrag. 1. Zu Bd. I S. 9: Weber, Wilhelm, Schloffer, Karlsruhe und Luise geb. Herr. Vertrag vom 15. Dezember 1927. Gütertrennung. Nr. 12, 27. 2. S. 10: Mayer, German, Schneider Karlsruhe und Hilba Anna, geb. Schneider. Vertrag vom 16. Dezember 1927. Gütertrennung. 20. 12. 1927. Bad. Amtsgericht.

Offenburg. Nr. 100
Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 259: Fink, Albert, Maler in Altenheim, und Frieda Katharina, geb. Fischer. Durch Vertrag v. 4. Juli 1927 ist Gütertrennung vereinbart. Offenburg, 23. 12. 27. Bad. Amtsgericht.

Aberlingen. Nr. 197
Güterrechtsregister Bd. II Seite 234: Schnopp, Hermann, Maler in Leimbach, Gemeinde Niedheim, und Maria, geb. Lorenz. Vertrag vom 5. Dezember 1927. Gütertrennung. Aberlingen, 19. 12. 27. Bad. Amtsgericht.



Badisches Landes-Theater
Donnerstag, 29. Dez. 1927
* D 14 (Donnerstagmiete)
Ab.-Gem. 1101-1200

Der Freischütz
von Weber
Musikalische Leitung: Josef Strips
In Szene gesetzt von Otto Krauß

Kürst Bruno Beyrauch
Lilano Köfer
Agathe Fanz
Lenchen Schneider
Kaplan Dr. Wucherpernjung
Mag. Samuel Witt
Sittan Käufötter
Eremit Vogel
Seiberlich
Burgeff
Fischbach
Winter
Leih
Kühn
Paulus
Döfer
Hemdsdorff
Münd
Göbinger
Windmann
Sittan

Chöre: Georg Hofmann
Anfang 1917, Ende nach 221/1.
I. Rang und I. Sperrstübchen

Nr. 30. Dez.: nachmittags
Die Hefse ins Schwarzenland
Abends: Neu einstudiert:
Das vierte Gebot
Sa. 31. Dez. nachmittags:
Diag und Wirt. Hierauf:
Die Puppenfee. Abends:
Der Vogelhändler. Im Konzerthaus: Neu einstudiert:
Der Raub der Sabinerinnen

COLOSSEUM
Waldstraße 16
Telephon 5599

Täglich ab. 8 Uhr
Sonn- und Feiertags 4 u. 8 Uhr

REVUE
Wien
und die
Wiener

Verlangen Sie unser billiges erstklassiges Flaschenbier in allen einschläg. Geschäften

FÜRSTENBERG-BRÄU (hell) **ST. ANTONIUS** (dunkel)

Wenn nicht erhältlich, bestellen Sie bitte bei: **Niederlage Karlsruhe, Kaiser-Allee Nr. 25** **Telephon 3191**